

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
J. M. Geyer.
Telefon: Amt Berlin 4195-4195



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Zeitschriften-Post 5
Druckerschrift: Geyers

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund bestellter Bestellung möglich. Abdruck ist für 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist, erforderlich für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 4. Oktober 1932.

Int. Institut
f. Gesch. d. Sozial.
Amsterdam

Das Kinderschinden von Potsdam.

SPD. In den Potsdamer Krankenhäusern liegen 120 Kinder, denn am vergangenen Sonnabend und Sonntag hat die nationalsozialistische Partei ein Heer von zehntausenden von Kindern in Potsdam zusammengezogen. Im Alter von 5 bis 16 Jahren waren sie nach Potsdam geschafft worden. Mit der Eisenbahn, auf offenen Lastkraftwagen, zu Fuss, ein wahrer Kinderkreuzzug. Und wozu? Als Staffage für eine nichtssagende Rede von Adolf Hitler! An die Stelle der Masse Volk, die er sonst braucht um sich zu berauschen ist diesmal eine Masse Kinder getreten.

Dieser Kinderkreuzzug nach Potsdam war ein ebenso wahnwitziges, ebenso gewissenloses und schreckliches Unternehmen wie der Kinderkreuzzug des Mittelalters. Man hat die Kinder mobilisiert als Opfer eines Massenwahns. Die Teilnehmer des mittelalterlichen Kinderkreuzzuges sind verdorben und gestorben. Und die kindlichen Opfer des Massenwahns von heute? Jetzt wird die schauerliche Bilanz dieses Potsdamer Kindertages bekannt! Man erfährt Einzelheiten, die helle Empörung hervorrufen müssen. 120 Jugendliche im kindlichen Alter haben in den Potsdamer Krankenhäusern Aufnahme gefunden. Allein im städtischen Krankenhaus wurden 30 Kinder in völlig erschöpftem und bewusstlosem Zustand eingeliefert. Weit über die Hälfte der Kinder hat an diesen Tagen nichts zu essen erhalten. Mehr als die Hälfte war obdachlos. Sie waren erschöpft von tagelangen Fussreisen, von Lastwagenfahrten bei Kälte, bei Tag und Nacht, ein Teil der in die Krankenhäuser Eingelieferten hat Lungenentzündungen davongetragen. Niemand wollte die Kinder aufnehmen. In der Luftschiffhalle war ein Strohlager als Massenquartier aufgeschlagen. Dort lagen Kinder untereinander von 5 bis 16 Jahren, Jungen und Mädchen, nur kümmerlich mit dünnen Baumwolldecken zugedeckt in kalter Nacht, kein Frühstück, keine Gelegenheit zum Waschen, keine Latrine!

Man hat die Kinder zusammengezogen und hat sie sich selbst überlassen. Die Herren Führer sind im Auto angekommen, haben geredet und sind wieder verschwunden. Sie haben sich in ihre Luxuslokale zurückgezogen. Mit den Kindern wusste man nichts anzufangen. Man hatte weder für Verpflegung, noch für Obdach noch für Beschäftigung Sorge getragen. Noch das Vernünftigste wäre gewesen ihnen zu sagen, wir brauchen euch nicht mehr, seht wie ihr nach Hause kommt!

Aber man hat stattdessen mit den Kindern Militär gespielt. Man hat sie in stundenlangen Märschen auf schlechtem Pflaster bei kaltem Wetter und im Regen abgehetzt wie Rekruten, die von gewissenlosen Vorgesetzten auf dem Marsche geschunden werden. Augenzeugen sagen erschüttert aus, wie heruntergekommen, wie restlos erschöpft die Kinder ausgesehen haben, wie mitleidswürdig verwahrlost und niedergebrochen namentlich die Mädchen im kindlichen Alter waren. Ueble Geschäftemacher haben schliesslich den Kindern noch die paar Pfennige abgenommen, die sie bei sich hatten. 120 dieser für einen Massenwahn mobilisierten Kinder liegen in den Krankenhäusern. Wie viele ungezählte mögen

sich bei dem Kinderschinden von Potsdam schwere Krankheit zugezogen haben! Diese Kindermobilisierung, diese Zusammenführung von zehntausenden von Kindern unter solchen Bedingungen, noch dazu in einer Zeit, in der gefährlichste Kinderkrankheiten grassieren, ist das verbrecherischste Schauspiel, das die gewissenlosen Demagogen der NSDAP jemals aufgezogen haben! Das ist ihre Sorge um die deutsche Jugend! Sie ist ihnen Mittel zum Zweck, Objekt ihres Machtwahns, lediglich Instrument einer gewissenlosen kaltherzigen unmenschlichen Regie. Dies Kinderschinden von Potsdam - ist es nicht wie ein Bild der Zukunft, der diese gewissenlosen Demagogen die deutsche Jugend entgegenführen wollen? Worte sind nicht stark genug; um diese Versündigung gegen die Kinder, diesen Gipfel der Verirrungen der Gewissenlosigkeit anzuprangern. Das Kinderschinden von Potsdam wird auf immer die geistliche und sittliche Verwahrlosung der NSDAP wie den Wahnsinn unserer Zeit kennzeichnen!

SPD. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Minister des Innern in einem Runderlass die nachgeordneten Behörden im Hinblick auf die am 6.11.1932 bevorstehenden Wahlen zum Reichstag auf die polizeiliche Sicherung der Wahlvorbereitungen hingewiesen.

In diesem Runderlass heisst es: Eine ernste und nachdrückliche Warnung muss in diesem Zusammenhange an die Parteien und politischen Organisationen gerichtet werden, dass sie ihre Anhänger von Störungen und gewaltsamen Behinderungen von Veranstaltungen Andersgesinnter zurückhalten. Parteien und Organisationen, deren Anhänger gleichwohl offenbar planmässig die Versammlungstätigkeit ihrer politischen Gegner in ungesetzlicher Weise behindern und stören, müssen damit rechnen, dass aus ihrem Verhalten möglicherweise auf Umstände geschlossen werden kann, die ein vorbeugendes Verbot der von ihnen selbst geplanten Veranstaltungen rechtfertigen würden. Die Polizeibehörden haben in jedem einzelnen Falle einer Versamlungsstörung die Schuldfrage sofort zu untersuchen und der betreffenden Partei oder Organisation für den Fall der Wiederholung die erforderlichen Eröffnungen zu machen.

SPD. Das Volksbegehren gegen den Sozialabbau, der von der Sozialdemokratischen Partei am 12. September noch vor der Auflösung des Reichstags beim Reichsinnenministerium eingereicht worden ist, wird von diesem immer noch "geprüft". Der sozialdemokratische Parteivorstand hat am Dienstag, dem 4. Oktober, den Reichsinnenminister, Freiherrn v. Gayl, persönlich ersucht, die Prüfung zu beschleunigen. Freiherr v. Gayl erklärte, dass die finanzielle Auswirkung des Antrages geprüft werde, worauf ihm erwidert wurde, dass nach der Reichsverfassung finanzielle Bedenken nicht in Frage kommen können. Es dürfe nicht das Gefühl hervorgerufen werden, dass dem Volk sein plebiszitäres Recht genommen werden solle. Der Minister sagte zu, die Prüfung zu beschleunigen.

Die Regierung darf sich nicht wundern, wenn die Mutmassung Platz greift, dass man nach Vorwänden sucht, das Volksbegehren gegen den Sozialabbau verschleppen und sabotieren und schliesslich ablehnen zu können!

SPD. Bunzlau, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im weiteren Verlauf des sensationellen Landfriedensbruch-Prozesses vor dem in Bunzlau tagenden Sondergericht Liegnitz wegen des SA-Sturms auf das Bunzlauer Volkshaus fand ein Lokaltermin am und im Volkshaus statt, wobei das Gericht die Oertlichkeit genau in Augenschein nahm.

Die Angeklagten der Eisernen Front machten bei ihrer Vernehmung interessante Angaben. Der Angeklagte Kaufmann Oswald Höhne aus Gnadenberg, der an der Tür Wache hatte, beobachtet, wie die Nazis in langsamer Fahrt ankamen und vom letzten Wagen Hornschnalle gegeben wurden, worauf die SA-Leute absprangen und gegen das Volkshaus vorgingen. Ein SS-Mann mit schwarzer Mütze habe aus nächster Nähe auf die Mitteltür geschossen. Gleich darauf sei gerufen worden "Schreiber ist getroffen!" Dann wurde Höhne selbst niedergeschlagen. Der Angeklagte Bäcker Paul Nutz aus Bunzlau sah, dass die SA-Leute schon beim Nahen ein Bein über die Wagenwand des Autos gesetzt hatten, um rascher abspringen zu können. Der Angeklagte Töpfer Fritz Jung aus Bunzlau schilderte, wie die Nazibanditen noch mit Knütteln auf den am Boden liegenden niedergeschossenen Reichsbannerkameraden Schreiber einschlugen, wobei ihm der Schädel zertrümmert wurde. Auch dieser Angeklagte wurde dann misshandelt. Der Angeklagte Lachmann sah, wie Schreiber, neben den er trat, den tödlichen Schuss erhielt. Auch er selbst wurde mit Messern und Schlagwerkzeugen schwer verletzt. Der minderjährige Glasmacher Bufe sah ebenfalls, wie der SS-Mann auf Schreiber schoss, der Angeklagte Metallschleifer Hermann Matthäus, wie in den Flur des Volkshauses hineingeschossen wurde.

Zu Beginn der Beweisaufnahme bestätigte Kriminalassistent Böttger, dass die Nazis in breiter Front gegen das Volkshaus vorgingen. Der Vorsitzende der SPD Riedel hatte vormittags um verstärkten Schutz des Volkshauses gebeten, doch war ihm erklärt worden, er sehe Gespenster! Dieser Zeuge Riedel alarmierte sofort beim Anrücken der Nazis Polizei und Landrat. Während er telefonierte, sah er vom Fenster aus, wie die Nazis die Bänke von ihren Wagen nahmen, diese zerschlugen und an den Rädern zu Knütteln zurechtbrachen.

SPD. Genf, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Reihe der Pläne zur Verbindung von Sicherheit und Gleichberechtigung spielt gegenwärtig der des Belgiers Bourqua eine besondere Rolle für die Sonderberatungen Frankreichs mit der Kleinen Entente Polen und Belgien. Bourqua schlägt zwei Abkommen vor, von denen das eine die reinen Abrüstungsfragen für die ganze Welt enthalten, das andere aber mit alleiniger Geltung für Europa die Sicherheit mit der Abrüstung gemeinsam behandeln soll. Der Welt-pakt würde als Abrüstungskontrolle nur freiwillige gegenseitige Stichproben und als Sicherheit nur einen Konsultativpakt zur Ergänzung des Kellogg-Paktes enthalten. Für den europäischen Vertrag ist vor allem einnochmaliger Verzicht auf den Krieg als Mittel der Politik vorgesehen. Ausnahmen sollen sein gegenteilige Verträge zwischen den Parteien, legitime Verteidigung oder Vorgehen auf Grund des Artikels 16 des Völkerbundspaktes. Verletzungen sollen durch Kommissionen festgestellt werden, die aus den Militärattachés in der Hauptstadt jedes Mitgliedsstaates gebildet werden. Jeder Staat könnte Verletzungen oder Bedrohungen durch die bei ihm bestehende Kommission feststellen lassen, worauf der Völkerbundsrat die Mitglieder auffordern müsse, Kriegsmaterial nach Vereinbarung den Angegriffenen zur Verfügung zu stellen.

Vorläufig ist zu diesem Plan lediglich zu sagen, dass die englische Delegation bisher jede Erweiterung des Sicherheitsgedankens über Locarno und den Kellogg-Pakt hinaus abgelehnt hat.

SPD. Dresden, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis Ostsachsen hat beschlossen, an die Spitze der Wahlliste wieder den Reichstagsabgeordneten Dr. Rudolf Schneider zu stellen. Dr. Schneider war bekanntlich der einzige Volksparteiler, der am 1. Juli in einem Wahlkreis ein Mandat erhielt.

SPD. Dresden, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im August hat der sächsische Staat einen Fehlbetrag von über 5½ Millionen Mark zu verzeichnen, während noch im Juli ein Ueberschuss von über drei Millionen Mark erhielt worden war. Im Zusammenhang damit stiegen die schwebenden Schulden im August um über 6 auf 255,77 Millionen Mark.

SPD. Wer hat bis zum gestrigen Tage gewusst, was ein Zwickel ist? Sicher nicht viele unserer geschätzten Mitbürger. Der Badeerlass des Herrn Bracht stiess daher in den bekannten weiten Kreisen auf Verständnislosigkeit. Um Gottes willen, was ist ein Zwickel? Unkenntnis schützt nicht vor Strafe. Man schlägt in Wörterbüchern nach. Vergebens, sie geben keine genügende Auskunft. Da erbarmt sich die um das sittliche Wohl des Untertanen besorgte preussische Staatsregierung. Sie übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung:

"Der Begriff Zwickel lässt sich am einfachsten dadurch erklären, dass ein Stoffeinsatz im Schritt gemeint ist, der für die Badebekleidung ebenso wie für die gewöhnliche notwendig erscheint."

Nun ist die Sache schon klarer, aber ganz klar doch noch immer nicht. "Ein Stoffeinsatz, der notwendig erscheint" - "erscheint", das macht die Geschichte noch komplizierter. Warum drückt sich Herr Bracht nicht deutlicher aus? Offenbar hindert ihn das von ihm selbst verordnete Schamgefühl.

So wissen wir noch immer nicht recht, was ein Zwickel ist, und das kann sehr unangenehme Konsequenzen haben.

Aber dafür wissen wir etwas anderes. Unverbesserliche Nörgler haben darat Kritik geübt, dass die Badeverordnung zum 1. November in Kraft treten soll, also zu einem Termin, an dem selbst die sittlich verwahrloseten Elemente nicht mehr öffentlich zu baden pflegen. Jetzt erfahren wir, dass die Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt erfolgt, damit die Industrie ihre Kollektionen für das nächste Jahr rechtzeitig vorbereiten kann. Es wird mit anderen Worten nicht nur die Sittlichkeit, sondern auch die Wirtschaft angekurbelt. Alles mit Hilfe des Zwickels!

Doch wir sollen zufrieden und glücklich sein, denn unter dem Reichskommissar Bracht ist Preussen zu einem Idyll geworden. Im Reich streitet man um die Verfassung, um Demokratie und Parlamentarismus. Im Reich hat man schwere aussenpolitische Sorgen. Im Reich erheben wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme drohend ihr Haupt. In Preussen dagegen dreht sich der Kampf der Meinungen um den Zwickel. Ein paradiesisches Land, und die anderen Staaten rufen voller Neid: "Zwickel-Brachts Sorgen möchten wir haben!"

Vielleicht liesse sich noch mehr sagen, aber der brave und so wohl behütete Untertan schweigt. Er möchte nicht wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen in Ungelegenheiten geraten, und seit gestern ist der Zwickel eine preussische Staatseinrichtung.

SPD. Wien, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Dollfuss hat auf Grund einer Notverordnung, die sie mit Hilfe des Kriegsgesetzes vom 24. Juli 1917 begründet, ein an sich bedeutungsloses Gesetz erlassen, durch das die Schuldigen am Zusammenbruch der Kreditanstalt für den Schaden haftbar gemacht werden sollen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie ist noch in später Nacht zusammengetreten, um gegen diesen Missbrauch eines Kriegsgesetzes, das vor der Ausrufung der Republik in Oesterreich Geltung hatte, scharfen Protest einzulegen. Der Parteivorstand erklärt, dass der Erlass einer Notverordnung auf Grund eines Kriegsgesetzes der Regierung die Möglichkeit zur Aufrichtung einer Regierungsdiktatur gebe, wie sie im Deutschen Reich jetzt auf Grund des Artikels 48 existiert. Der Parteivor-

stand hat einen Aufruf an alle Arbeiter Österreichs erlassen, in dem er sich scharf gegen diesen Missbrauch wendet, und angesichts der bestehenden Gefahr eines Missbrauchs des Notverordnungsrechts für Mittwoch alle sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen.

SPD. Herr Bracht will der Prostitution zu Leibe gehen. Er will den Reichsinnenminister bitten um den Erlass einer Notverordnung zur Änderung des Gesetzes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Da soll unter dem Feldgeschrei "wider die Unsittlichkeit" ein wichtiger sozialhygienischer Fortschritt mit Hilfe des Artikels 48 wieder aufgehoben werden. Wozu soll der Artikel 48 noch missbraucht werden?

Eins muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden: man kann mit polizeilicher Unterdrückung die Prostitution vielleicht unsichtbarer machen - aber man wird sie damit nur gefährlicher machen! Je mehr die Not wächst, umso stärker wird die Prostitution anschwellen! Ist es öffentliche Sittlichkeit, die Tatsache zu vertuschen, wenn man die Ursache nicht beseitigen kann?

Es scheint, dass ein anonymer wohlorganisierter Kreis von Muckern den Machthabern in den Ohren liegt. Diesen Kreis von Muckern erinnern wir daran, welch glänzendes Geschäft für die Berliner Prostitution der Stahlhelmtag in Berlin gewesen ist! Daran hätte sich nicht das mindeste geändert, wenn die Mädchen statt vor der Ecke hinter der Ecke gestanden hätten!

SPD. Breslau, 4. Oktober (Eig. Drantb.)

Vor dem Sondergericht in Schweidnitz hatten sich am Dienstag vier Kommunisten unter der Anklage des versuchten Totschlags sowie wegen Waffenmissbrauchs zu verantworten. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, in der Nacht zum 31. Juli in Weigelsdorf an einer Schiesserei, bei der ein Reichsbannermann namens Radel einen schweren Lungenschuss erhielt, beteiligt gewesen zu sein. Radel hatte die Kommunisten vor einer in der Nähe befindlichen Nazihorde warnen wollen, wurde aber von diesen wegen seiner braunen Hose für einen Hakenkreuzler gehalten. Einer der Angeklagten, der Arbeiter Wohlfahrt aus Raudnitz, glaubt sich durch Radel, als dieser in seine Hosentasche griff, bedroht und schoss ihn in der Dunkelheit nieder.

Das Gericht sah den Tatbestand des versuchten Totschlags nicht als erwiesen an und verurteilte lediglich den Angeklagten Wohlfahrt wegen Überschreitung der Notwehr und wegen Verstosses gegen § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Mai 1932 gegenpolitische Ausschreitungen zu 10 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

SPD. Die Reichsregierung hat am Dienstag Abend in einer Mitteilung an die Presse bestätigt, dass der Versuch, mit der holländischen Regierung über die deutschen Kontingente zu verhandeln, gescheitert ist. Die holländische Regierung hätte die deutschen Vorschläge nicht als Verhandlungsgrundlage betrachten können. In diesem Zusammenhang bemerkt die deutsche Regierung, dass die holländische Einstellung Befremden erregen müsse. Holland habe bereits Kontingente für die Einfuhr von deutschen Industriewaren nach Holland festgesetzt, ohne vorher zu verhandeln.

Nicht mitgeteilt wird, dass Holland erst im Rahmen des Butterkriegs zur Festsetzung der von der deutschen Reichsregierung erwähnten Kontingente gegriffen hat und dass Holland sich erst zu Gegenmassnahmen anschickte, als das

Abenteuer der deutschen Kontingentierungspolitik mit der Butterkontingentierung, durch die die holländische Wirtschaft entscheidend betroffen wurde, begann. Nach dem leichten Erfolg in Brüssel, der sich daraus erklärt, dass es in Brüssel um ein wertmässig geringes Objekt ging, müsste die holländische Datsche doppelt ernüchternd wirken. Sie müsste der deutschen Regierung zeigen, in welches Abenteuer sie sich mit ihrer Kontingentierungspolitik eingelassen hat, und müsste es ihr ratsam erscheinen lassen, Herrn Ministerialrat Walter vom Reichs-ernährungsministerium mit seiner Rundreisekommission sofort zurückzurufen, anstatt die Kommission nach Rom in eine neue Schlappe fahren zu lassen. (Näheres über die holländischen und italienischen Vorgänge im Wirtschaftsteil.)

Nach einer amtlichen Mitteilung hat sich die Kontingentierungskommission unter Führung des Ministerialrats Walter am Dienstag Abend vom Haag nach Rom begeben.

SPD. Die Bundespresestelle des Reichsbanners teilt mit: Um vereinzelt aufgetretenen Anzweiflungen der Ueberparteilichkeit des Reichsbanners entgegenzutreten, hat der Bundesvorstand des Reichsbanners in seiner letzten Sitzung erneut einstimmig festgestellt: An der satzungs- und willensmässig stets bekundeten und gehandhabten Ueberparteilichkeit des Bundes hat sich nichts geändert. Mit der Ueberparteilichkeit des Reichsbanners ist aber auch jeder Versuch unvereinbar, die Organisation für politische Sonderzwecke zu missbrauchen.

SPD. München, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)
Den Oberbonzen im Braunen Haus ist der Schreck über die Enthüllungen im Tschekaprozess so sehr in die Glieder gefahren, dass der "Völkische Beobachter" vom Dienstag keine Zeile über die Verhandlung bringen durfte. Man weiss in der Reichsparteileitung der Nazis offenbar nur zu gut, dass die unverhältnismässig hohe Geldstrafe, zu der die "Münchener Post" verurteilt wurde, die politisch bedeutsamen Tatsachen, die der Prozess zutage förderte, nicht vertuschen kann. Auch dieser Prozess hat noch nicht die völlige Aufklärung über das verbrecherische Treiben im Braunen Haus gebracht. Die nationalsozialistische Regie hat vorläufig erreicht, dass der Vorhang nicht ganz weggezogen werden konnte. Das Nichterscheinen wichtiger Zeugen war eine offenkundige Sabotage des Prozesses, für die die braunen Herrschaften die drei mal 500 Mark Geldstrafe gern bezahlten. Röhm, hiess es, sei durch den Wiener Nazi-Parteitag verhindert gewesen, aber Frank II., der ja auch in Wien war und dennoch rechtzeitig erscheinen konnte, war die verkörperte Widerlegung dieser faulen Ausrede. Auch andere Leute, die unter Eid viel Belastenderes hätten bekunden müssen, waren nach Österreich ausgerückt, so Danzeisen und dann vor allem der Pg. Horn, der für die Ausführung eines Mordes telegraphisch von Karlsruhe herbeigerufen wurde. Horn hatte sich dem vereidigten Zeugen Bell gegenüber als Leiter der geheimnisvollen Zelle "G" vorgestellt und hatte ausserdem den sogenannten Erkennungsdienst, "ED", unter sich. Seit Monaten ist dieser Horn vom Erdboden verschwunden und für keinen Staatsanwalt auffindbar.

Es ist auch nicht verwunderlich, dass der Zeuge Schweighardt nicht kam. Schweighardt ist der Mann, der in dem Verdacht steht, in Münchens dunkelster Zeit den Genossen Gareis und das Dienstmädchen Sandmeir femegerichtet zu haben. Es lässt tief blicken, dass Röhm sich gerade dieses Mannes bediente, um sein eigenes Leben gegen Anschläge seiner eigenen Parteifreunde zu sichern. Es war soweit, dass im Braunen Haus einer vor dem anderen Angst hatte. Graf Dumoulin-Eckart sagte im Danzeisen-Prozess klipp und klar aus, dass der Schlüssel zur Lösung der ganzen Angelegenheit seines Erachtens bei Major Buch zu erhalten

wäre. Buch ist Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Reichsparteileitung; und wird von Röhm aufrichtig gehasst. Das hat seinen tieferen Grund in der anormalen Veranlagung des Stabschefs.

Was in dem Prozess wegen des Nichterscheins wichtiger Nazizeugen un-
aufgeklärt blieb, erfährt man wenigstens zum Teil aus den Akten über polizei-
liche und gerichtliche Vernehmungen, die der Verteidiger Dr. Hirschberg in
seinem Plädoyer zur Grundlage der Anklagerede machte, Röhm hatte bei einer
Zeugenvernehmung am 12. April dieses Jahres bekundet, Horn habe ihm erzählt,
dass er nach München gekommen sei "mit dem Auftrag, hier noch mit einigen
Freunden Fühlung zu nehmen, die dann mit ihm gemeinsam den Grafen Dumoulin
und den mir bekannten Herrn Bell beseitigen sollten". Horn zeigte ihm auch
Schriftstücke vor und sagte, dass seine Herbeirufung durch Schreiben oder
Telegramm des Majors Buch erfolgt sei.

Hochinteressant ist eine vom Graf Dumoulin am 7. Mai 1932 bei der Münche-
ner Polizeidirektion freiwillig gemachte Mitteilung über einen früheren Mord-
anschlag gegen ihn: Am 12. Oktober 1931 habe ihn bei der Anfahrt vor das Braun
Haus ein SA-Mann darauf aufmerksam gemacht, dass an seinem Auto ein Rad locke
sei. Es hätte das grösste Unglück passieren können. Der Splind habe gefehlt.
Das Rad sei nur noch durch zwei Bindungen festgehalten gewesen. Die Beschädi-
gung müsse vor seiner Abfahrt von zu Hause vorgenommen worden sein. In dem Mo-
brief Danzeisens an Horn ist nämlich auch von "Radschrauben" und vom "blauen
Anton" die Rede. Unter dem "blauen Anton" war ein blauer Monteuranzug zu ver-
stehen, mit der die Arbeit am Auto ungehindert hätte ausgeführt werden können

Aufschlussreich ist auch eine Aussage Schweighardts bei der Polizei.
Schweighardt sollte einmal dienstlich mit dem Auto an den Chiemsee fahren.
Er kannte aber den ihm als Chauffeur beigegebenen SA-Mann nicht persönlich,
und deshalb erklärte er ganz energisch, dass, wenn er schon in einem Auto fah-
re, er sich unter gar keinen Umständen einem ihm unbekannten Chauffeur anver-
traue. So tief ist also das Misstrauen der Herren gegeneinander, dass sie sic
nicht einmal mehr ohne Bedenken ins Auto zu setzen wagen. Rechtsanwalt Dr.
Hirschberg charakterisierte diese Zustände im Braunen Haus in seinem Plädoyer
trefflich mit den Worten:

"Man kann sich vorstellen, welchen Entschluss es den Stabschef der SA
gekostet haben muss, die Bedingung des Majors Mayr zu akzeptieren, dass er
bei ihm in seiner Berliner Privatwohnung anzutreten habe. Wenn es möglich war
dass Röhm bei Major Mayr um Material gegen Major Schulz nachsuchte, so ist
auch das ein Zeichen des inneren Verfalls der NSDAP. Es gibt nur eine psycho-
logische Erklärung dafür: die Todesangst, das Gefühl nämlich, sich nicht
mehr anders retten zu können, als durch die Flucht vor seinen Feinden. Es ist
eine recht erhebliche Tatsache, dass Röhm es immer noch für die kleinere Ge-
fahr hielt, sich dem Führer des Reichsbanners in die Hand zu geben, als seinen
eigenen Parteigenossen. Wenn es überhaupt einen Wahrheitsbeweis dafür gibt,
dass nicht nur ein Mordkomplott bestand, sondern dass sich Röhm und Graf Dumou-
lin dauernd bedroht fühlten, so ist es diese Flucht vor den politischen Fein-
den."

SPD. Brüssel, 4. Oktober (Eig. Draht.)

In einem amtlichen Kommuniqué an die Presse wird mitgeteilt, dass die
belgische Regierung einen Protest an die deutsche Reichsregierung gerichtet
hat, weil die Reichsminister Gayl und Schleicher an eine in Krefeld stattge-
fundene Kundgebung der Landmannschaft von Eupen-Malmedy, wo der Wiederan-
schluss der neubelgischen Gebiete an das Deutsche Reich gefordert wurde, Be-
grüssungsschreiben gerichtet haben. Die amtliche Note weist auf die Erklärun-
gen hin, die der Aussenminister Hymans bereits anlässlich der Eupen-Malmedy-
Entscheidung des Reichstags am 24. März 1931 im belgischen Senat gemacht hat.

Hymans berief sich damals auf den Vertrag von Locarno, worin Deutschland sich verpflichtet hat, den Gebietszustand Belgiens in seinen heutigen Grenzen aufrechtzuerhalten und gegen jeden Angriff zu garantieren. Hymans fügte damals hinzu, dass die belgische Regierung jede Diskussion über die Grenzen Belgiens ablehne. Ferner berief Hymans sich auf die in Eupen-Malmedy stattgehabte Volk abstimmung, deren Ergebnis der Völkerbundsrat trotz deutschen Einspruchs als endgültig anerkannt hat. Die amtliche Brüsseler Mitteilung schliesst mit der Bemerkung: "Die an den Krefelder Kongress gerichteten Botschaften können nichts anderes sein als eitle und bedauerliche Kundgebungen. Sie können keine andere Wirkung haben als der Befriedung der Geister entgegenzuarbeiten."

Der formelle Protest der belgischen Regierung entstand zweifellos aus dem Druck der nationalistisch gesinnten Presse, die in dem Krefelder Kongress und insbesondere in den Kundgebungen Gayls und Schleichers den erwünschten Anlass zu Angriffen gegen die deutsche Regierung fand. Ein Lütticher Blatt ging sogar soweit, die Rückberufung des belgischen Gesandten in Berlin zu fordern. Dieser nationalistische Wahn findet natürlich weder bei der belgischen Regierung noch in der öffentlichen Meinung Widerhall. Dass aber die gesamte öffentliche Meinung Belgiens von den Krefelder Vorgängen ausserordentlich peinlich berührt wurde und sie die belgischen Befürchtungen über den aussenpolitischen Kurs der neuen Reichsregierung bestärken, daran ist kein Zweifel. Auch die sozialistischen Parteikreise in Belgien, die über die sogenannte Volksabstimmung in Eupen-Malmedy und über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der dortigen Bevölkerung ganz anderer Meinung sind als Herr Hymans, stehen auf dem Standpunkt, dass auch nach dem deutlichen Wortlaut des Locarno-Vertrages das Deutsche Reich sich des Rechts begeben hat, sich für die Zugehörigkeit von Eupen-Malmedy weiter zu interessieren; denn in Artikel 1 dieses Vertrages wird ausdrücklich gesagt, dass die vertragschliessenden Parteien sich gegenseitig die Aufrechterhaltung des territorialen status quo, wie er im Versailler Vertrag festgelegt und auf Grund des Vertrages durchgeführt wurde, garantieren. Für die belgischen Sozialisten ist das künftige Schicksal Eupen-Malmedy noch durchaus eine offene Frage, aber eine Frage, die nach Locarno das belgische Volk mit der dortigen Bevölkerung allein zu regeln hat.

SPD. Amsterdam, 4. Oktober (Eig. Dranthb.)

Die deutsch-niederländische Handelskonferenz im Haag wegen der deutschen Kontingentierungspläne ist nach einem am Dienstag-Mittag ausgegebenen Communiqué der niederländischen Regierung als gescheitert zu betrachten. Die niederländische Delegation vertrat im Einvernehmen mit der Regierung den Standpunkt, dass die deutschen Vorschläge keine Grundlage für fruchtbare Besprechungen bilden könnten. Die Unterhandlungen wurden sofort eingestellt und werden nicht wieder aufgenommen. Die deutsche Delegation hat den Haag verlassen. Von einer Veröffentlichung der deutschen Vorschläge soll Abstand genommen werden, weil man im Hinblick auf deren absolute Unannehmbarkeit von einer Erörterung in der Presse nachteilige Folgen für die Beziehungen zwischen beiden Völkern befürchtet.

SPD. Das Reichspostministerium teilt mit: Die schwierigen und zeitraubenden Verhandlungen mit den Privataktionären der Deutschen Sendegesellschaften sind zum Abschluss gebracht worden. Alle Aktien dieser Gesellschaften stehen jetzt dem Reich zur Verfügung. Damit sind die Voraussetzungen erfüllt, die zur Umwandlung der bisherigen Aktiengesellschaften in Gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung erforderlich waren. Die formelle Umwandlung selbst wird nunmehr mit Beschleunigung durchgeführt. Diese Umwandlung und

die Kündigung der Sendekonzessionen der alten Gesellschaften haben auf den Sendebetrieb des Deutschen Rundfunks weder nach der wirtschaftlichen, noch nach der technischen Seite irgendeinen Einfluss. Das Reichspostministerium hat alle Massnahmen getroffen, die die lückenlose Fortführung des Sendebetriebes sicherstellen. Die Gesellschaften haben die nötigen Geschäftsanweisungen erhalten.

SPD. London, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Es wird offiziell bestätigt, dass De Valera am Mittwoch bei seiner Durchreise in London eine Unterredung mit Minister Thomas im Dominions-Ministerium haben wird. In Dublin sind Gerüchte im Umlauf, dass die Verhaftung Cosgraves, des Vorgängers de Valeras im Amte, bevorstehe.

SPD. London, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Henderson machte auf der Labour-Konferenz die Zusage, dass für den Fall, dass innerhalb der nächsten zwölf Monate eine Labour-Regierung gebildet werden sollte - allerdings ein rein theoretischer Fall - eine besonders einzuberufende Delegierten-Konferenz über die einzuhaltende Politik befragt werden solle.

Am Dienstag wurde auf der Konferenz der Plan zur Verstaatlichung der Bank von England durch einen Ergänzungsantrag dahin ergänzt, dass auch die Grossbanken verstaatlicht werden sollten. Der Ergänzungsantrag wurde mit 1 141 000 gegen 984 000 Stimmen angenommen. Diese Abstimmung zeigt, dass die Konferenz in Leicester einen entschieden sozialistischen Kurs zu steuern entschlossen ist. Dieselbe Resolution spricht sich gegen Englands Rückkehr zum Goldstandard aus.

SPD. Paris, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der englische Aussenminister Sir John Simon, der am Dienstag-Vormittag auf dem Luftwege in Paris eintraf, hatte zu Beginn des Nachmittags mit Herriot eine 1½ stündige Unterredung über das Abrüstungsproblem, die von grosser Wichtigkeit gewesen zu sein scheint. Beide Staatsmänner lehnten jede Erklärung über den genauen Gegenstand und das Ergebnis ihrer Aussprache ab, aber aus ihren ernstesten Mienen war deutlich zu erkennen, dass ihre Besprechung keinen befriedigenden Verlauf genommen habe. Es wird allgemein behauptet, dass Herriot und Simon über den Plan MacDonalds gesprochen haben, nach London eine Konferenz zur Prüfung der deutschen Forderungen einzuberufen. Eine derartige Konferenz, die bekanntlich schon kurz nach der Ueberreichung des deutschen Memorandums angeregt wurde, lehnt die französische Regierung nach wie vor ab oder sie stellt zumindestens für ihre Beteiligung Bedingungen, die zum Teil nicht erfüllbar sind. Eine dieser Bedingungen soll die Teilnahme Amerikas sein. Man kann also annehmen, dass Herriot dem englischen Aussenminister den Standpunkt Frankreichs noch einmal auseinandergesetzt hat und dass Sir John Simons Versuch, Herriot umzustimmen, gescheitert ist.

Herriot kann an seinem Standpunkt umso mehr festhalten, als er in dieser Frage das ganze französische Volk hinter sich weiss. Die bürgerlichen Parteien sind gegen eine Konferenz in London, weil sie befürchten, dass Frankreich dort isoliert sein und MacDonald den deutschen Forderungen zu weit entgegenkommen könne, um die Wiederteilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz zu erleichtern. Die Arbeiterklasse dagegen lehnt die Londoner Konferenz ab, weil sie in ihr ein Manöver MacDonalds gegen Henderson erblickt, das dazu

bestimmt ist, Henderson die Lorbeeren für eine etwaige glückliche Lösung des Konflikts zu entreißen. Das hat der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, auf der gegenwärtigen Tagung des Landesausschusses des Bundes, über die wir noch an anderer Stelle berichten, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Die Debatte, bei der Jouhaux seine Erklärungen abgab, drehte sich um die Frage, ob Jouhaux als Vertreter der Arbeiterklasse weiter Mitglied der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz bleiben solle. Jouhaux verteidigte seine Beteiligung an der Konferenz u.a. mit folgenden Argumenten: "Die Leute, die in Genf über die Abrüstung beraten, müssen den Druck des Volkswillens auf sich fühlen. Soll der Arbeitervertreter in diesem kritischen Augenblick desertieren und allen Militärs ihre Sonderinteressen wahrnehmen lassen? Die Anwesenheit eines Arbeitervertreters in Genf ist vor allem notwendig, um eine Beschränkung und Kontrolle der privaten Waffenfabrikation, die einemgänzlichen Verbot vorangehen müsse, in die Wege zu leiten. Innerhalb der französischen Delegation habe ich den Vorschlag Hoover verteidigt, dessen Annahme zur Folge haben würde, die Vereinigten Staaten Europas näher zu bringen und damit eine allgemeine Entspannung vorzubereiten. Wenn Deutschland zwar einen juristischen Grund dazu hat, die Gleichberechtigung zu verlangen, so können wir doch nicht in seine Wiederaufrüstung einwilligen. Der Hoover-Plan muss als Diskussionsrahmen für die allgemeine Abrüstung dienen. Nun macht aber MacDonald Vorschläge zu einer Konferenz in London. Ich erblicke darin ein Beiseiteschieben des Völkerbundes und ein Manöver gegen Henderson, der MacDonalds politischer Gegner geworden ist. Ich werde daher auf keinen Fall nach London gehen."

Der Landesausschuss billigte einstimmig die Erklärungen von Jouhaux und erklärte sich mit seinem weiteren Verbleiben in der Abrüstungskonferenz einverstanden.

SPD. London, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

In London wurde am Dienstag offiziell bekanntgegeben, dass die englische Regierung die Abhaltung einer Fünfmächte-Konferenz (Deutschland, England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten) über das Abrüstungsproblem in London angeregt hat. Diese Mitteilung bestätigt unsere frühere Meldung, in der ein neuer aussenpolitischer Anlauf der englischen Regierung als bevorstehend bezeichnet wurde. Der englische Vorschlag - um mehr handelt es sich vorerst nicht; denn es werden noch keine offiziellen Einladungen erteilt - bezweckt, der Abrüstungsfrage über den toten Punkt hinwegzuhelfen, an dem sie infolge des deutsch-französischen Gegensatzes angekommen ist. Die Londoner Besprechungen, die der Form nach ähnlich zwanglose Zusammenkünfte der Minister werden sollen wie entsprechende Konferenzen, die im Laufe des letzten Jahres stattfanden, sollen nicht etwa die Abrüstungskonferenz ersetzen sondern die besondere Schwierigkeit aus dem Wege räumen, an der die Genfer Konferenz zu scheitern droht, und Deutschland wieder an den Genfer Verhandlungstisch zurückbringen.

Die neue Aktivität geht besonders von der Person MacDonalds aus. Uebrigens haben sich innerhalb des Kabinetts die Gegensätze verschärft, und zwar in vorliegenden Dingen zwischen MacDonald und Chamberlain wegen der von dem Letzteren eingeschlagenen und in letzter Zeit immer mehr verschärften Sparpolitik.

SPD. Darmstadt, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die blasse Angst der Nazis vor Neuwahlen verhinderte am Dienstag die Auflösung des hessischen Landtags. Schon vor Wochen hatte die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt, sodass die Nazis Zeit genug gehabt hatten, sich über ihre Haltung zur Neuwahl gleichzeitig mit der Reichstagswahl schlüssig zu werden. Aber erst kurz vor Beginn der Plenarsitzung am Dienstag kündigten sie einen Verlegenheitsantrag an, wonach sie der Auflösung zustimmen würden unter der Bedingung, dass die Zahl der Abgeordneten Sitze auf die Hälfte, nämlich 35, und ausserdem die Ministergehälter auf 12 000 Mark herabgesetzt werden würden. Während sich das Zentrum einer Neuwahl überhaupt nicht geneigt zeigte, erklärten sich die Sozialdemokraten mit einer Herabsetzung der Mandatsziffer grundsätzlich einverstanden, jedoch nicht auf 35 Sitze, da sonst eine positive Arbeit im Parlament und eine geeignete Vertretung des flachen Landes völlig in Frage gestellt sein würde. Bereit waren die Sozialdemokraten zu einer Verminderung der Sitze auf 56. Ausserdem stellten sie einen Ergänzungsantrag, wonach auch die Gehälter der höheren Beamten entsprechend herabzusetzen seien. Während nun die sofortige Minderung der Ministergehälter auf 12 000 Mark einstimmige Annahme fand, lehnten Nazis und Zentrum die Angleichung der hohen Beamtengehälter ab. Es entsteht sonach der groteske Zustand, dass Ministerialräte künftig höhere Gehälter beziehen als die Minister.

Die Anträge der Sozialdemokraten und der Nazis auf Verminderung der Sitze wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Als man zur Abstimmung über den Auflösungsantrag selbst schritt, verliess die Nazi-Fraktion, die in Uniform erschien und deshalb von den Kommunisten als Liftboys begrüsst worden war, geschlossen unter allgemeinem Gelächter die Sitzung. So wurde zwar der sozialdemokratische Antrag gegen die Zentrumsstimmen angenommen, blieb aber trotzdem unwirksam, weil die Verfassung die Anwesenheit von Zweidritteln der Abgeordneten vorschreibt.

SPD. Paris, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Landesausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT), der in Paris zu einer Tagung zusammengetreten ist, hat sich in einer längeren Debatte mit der Wirtschaftskrise und den Massnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Das Referat hielt der Generalsekretär des Bundes Jouhaux, der u.a. ausführte:

"Wenn auch die Völker über internationale Massnahmen einig geworden sind, so haben bisher noch Sonderinteressen ihre Durchführung verhindert. Die Völker haben sich vor der Umwelt abgeschlossen und geglaubt, ihr Heil nur in Lösungen nationaler Art finden zu können. Ohne auf die internationalen Massnahmen zu verzichten muss man sich natürlich zu gleicher Zeit bemühen, innerhalb eines jeden Landes etwas zur Abschwächung der Krise zu tun. Die CGT hat den Kampf in diesem Sinne eingeleitet. Sie hat sich gegen die Lohnkürzungen gewehrt, die von den Kapitalisten gefordert werden. Niemals ist die Not in der Arbeiterklasse Frankreichs grösser gewesen als gegenwärtig. Wenn die Lohnkürzungen in unserem Lande noch nicht 10 Prozent erreicht haben, so ist das der Widerstandskraft der Arbeiter zu verdanken. Aber wir müssen in Zukunft noch grösseren Widerstand leisten, denn die Krise ist noch nicht vorüber. Die Zahl der Kurzarbeiter scheint in der Masse abzunehmen, in der die völlige Arbeitslosigkeit zunimmt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt zurzeit etwa eine Million. Die 40 Stundenwoche ohne Herabsetzung der Löhne muss so schnell wie möglich durchgeführt werden, um einen Teil der Arbeitslosen ohne Verringerung der Gesamtkaufkraft zu beschäftigen. Die Politik der Lohnkürzungen führt nicht, wie die Ereignisse bewiesen haben, zu einer Herabsetzung der Lebens-

haltungskosten und der Herstellungspreise. Um die 40 Stundenwoche durchzusetzen, muss ein internationaler Aktionsplan aufgestellt werden. Die öffentliche Meinung muss alarmiert und die Parlamente müssen auf ihre Verantwortung aufmerksam gemacht werden. Die parlamentarische Welt darf sich nicht über die Bedeutung im unklaren sein, die die Arbeiterklasse dieser Reform beilegt. Wir werden keinerlei Ausflüchte zulassen, und diejenigen, die die 40 Stundenwoche nicht anerkennen, werden als Feinde der Arbeiterklasse angesehen werden. Die CGT ist zu allen Anstrengungen bereit, die die Arbeiter von ihr verlangen. Ab die CGT kann nicht alles allein schaffen. Ihre Einstellung wird nur in der Masse von Erfolg sein, in dem sie sich auf die Mitarbeit der Gewerkschaften und der Einzelwesen stützen kann. Seid zum Kampf bereit, so wie es die CGT ist."

Die Versammlung nahm die Ausführungen Jouhaux mit grossem Beifall auf und wählte eine Kommission, die die Forderungen der CGT in einer Entschliessung zusammenfassen soll.

SPD. Genf, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Weltverband der Völkerbundsligen hat am Dienstag dem Ausschuss der acht sogenannten "Pionierstaaten" (Holland, Belgien, Dänemark, Spanien, Schweden, Norwegen, Schweiz und Tschechoslowakei) eine Entschliessung überreicht, deren Anwendung die Lösung der Abrüstungsschwierigkeiten erleichtern könnte. Darin wird als erster Grundsatz aufgestellt, die Gleichheit für "Besiegte" und "Sieger" in der Abrüstung. Es folgt ein weiterer scharfer Vorstoss gegen den Versailler Vertrag, dessen Einzelbestimmungen über die Abrüstung nicht etwa in den allgemeinen Vertrag aufgenommen, sondern in ihrer Gesamtheit umgeschmolzen werden müssten in ein geschlossenes Ganzes, das von allen Völkern vorbehaltlos und verbindlich angenommen werden könne. Um den hochgerüsteten Staaten den Verzicht auf ihre Ueberlegenheit zu erleichtern, wird auf die Bereitschaft der anderen hingewiesen, sich für eine Uebergangszeit mit einem Verzicht auf die volle Durchführung der ziffernmässigen Gleichheit abzufinden. Auch das unbedingte Verbot der Angriffswaffen könne über die Zeitdauer des Vertrages erteilt werden, um die öffentliche Meinung der gerüsteten Völker an diese neue Art der vertraglichen Friedenssicherung zu gewöhnen. Jede Abweichung vom Grundsatz der Gleichheit habe die Gefahr einer Aufrüstung der entwaffneten Staaten zur Folge. Die Abrüstung werde wesentlich erleichtert durch die Kräftigung der internationalen Friedensorganisation, wobei den zu ergreifenden neuen Massnahmen nicht vorgegriffen werden solle. Indessen seien die Verträge über die Schiedsgerichtbarkeit, finanzielle Hilfeleistung, Stärkung der Kriegsverhütungsmittel noch gar nicht von allen Staaten ratifiziert. Die Entschliessung endet mit der Ueberzeugung, dass diese Grundsätze sehr wesentlich zur Förderung der augenblicklichen Arbeiten beitragen könnten.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Fabrikation von Massenwahn.

SPD. Die "Kölnische Zeitung" hat kürzlich einen amerikanischen Fliegerfilm besprochen, der der Propaganda für den amerikanischen Militarismus diene. In dieser kurzen Besprechung wurde in drei Sätzen gesagt:

"Alle modernen Mittel der Vernichtung sind in Bewegung gesetzt. Eine nette Bescherung wird das im nächsten Weltkrieg geben. Das Ganze verdeckt seine rasante Gefährlichkeit auf Hirne durch sportliche Begeisterung der Herzen."

Da ist kurz und gut gesagt, was in der Welt vorgeht. Propaganda für den Militarismus und den nächsten Krieg an allen Ecken und Enden und mit allen Mitteln. Da wird die warnende Stimme der Vernunft erhoben.

Nun haben aber inzwischen die Manöver der Reichswehr stattgefunden. Auch die "Kölnische Zeitung" hat ihren Berichterstatte bei den Reichswehrmanövern gehabt und dieser Berichterstatte hat am 17. September begeistert gemeldet:

"Gutes Wetter für die Flieger, die der Versailler Vertrag für Deutschland nicht zulässt, für die Artillerie, die auf sehr weite Entfernung in Richtung Warttor schoss. Hier war selbst der alte, längst pensionierte Oberst, der barsch, aber voll innerer Freude im Gelände herumstolzte, um sich wieder einmal mit eigenen Augen von der Schlagfähigkeit des Heeres zu überzeugen, des Lobes voll."

Dieser Militärbegeisterung hat sich eine Elsässer Zeitung, der "Kolmarer Bote" bemächtigt und er hat mit einigen wenigen Retuschen an diesen Sätzen, so wie sie bei chauvinistischen Giftmischern üblich sind, aus der Militärbegeisterung eine kriegerische Fanfare für den kommenden Krieg hergestellt. Nun muss sich die "Kölnische Zeitung" gegen diese Retuschierung ihrer militärbegeisterten Sätze zur Wehr setzen.

Die rasante Gefährlichkeit auf Hirne tritt auch hier hervor. Wo ist schliesslich der Unterschied zwischen der Militärbegeisterung und der Kriegsbegeisterung? Wo ist der Unterschied zwischen dem Kriegsspiel auf der Filmleinwand und auf dem Manövergelände? Eine nette Bescherung wird das sicher im nächsten Weltkrieg geben, gleichgültig, ob sie nun von den amerikanischen Kriegsfliegern oder von wem sonst angerichtet wird. Die Stimme der Vernunft hat sich an einer versteckten Stelle geltend gemacht, als der Nationalismus das Urteil des gesunden Menschenverstandes nicht verdunkelte. Im Augenblick aber, wo der eigene Nationalismus ins Spiel gekommen ist, verschwindet die Vernunft. Es verschwindet die Warnung vor der rasanten Gefährlichkeit auf Hirne und es bleibt die Fabrikation von neuem Massenwahn.

Sie haben ja so viel Zeit.

Das wundervolle Gedicht von Dehmel "Der Arbeitsmann" zeigt die Not des Arbeiters früherer Zeiten, dem nur eines fehlte um glücklich zu sein, nur Zeit. Die Arbeitslosen von heute haben Zeit, nur zuviel Zeit. Ihnen fehlt nicht Zeit, sondern Arbeit. Es ist ihr Fluch, die Bitternis ihres Lebens, dass sie Zeit haben. Und dann kommt ein herzloser Bürokrat, ein Bourgeois von jener Sorte, die mit Verachtung auf die Arbeitslosen herabsehen, die sie als lästige Glieder der bürgerlichen Gesellschaft und als unbequeme Mahner an ihr eigenes Gewissen empfinden, es kommt der Direktor des Wohlfahrtsamts in Hannover und lässt einem Arbeitslosen, der stundenlang mit tollsten Zahnschmerzen von Instanz zu Instanz geschickt worden ist und nun Recht bei ihm sucht, kaltblütig

sagen: "Die Arbeitslosen hätten ja soviel Zeit, wenn die mal nachts vor Zahnschmerzen nicht schlafen könnten, hätten sie ja am Tage dazu Zeit."

Wir wünschten, dieser Gemütsmensch hätte soviel Zeit wie die Arbeitslosen

Hitlers Portier.

Als Herr Röhm, der Chef der braunen Armee, von München nach Berlin aus dem Braunen Hause in die Privatwohnung des Reichsbannerführers Major Mayr flüchtete, war er von panischer Todesangst ergriffen. Schliesslich muss er seine Leute kennen - und die sind danach! Das Braune Haus, in dem sich Herr Röhm nicht mehr sicher fühlte, besitzt einen Portier in Gestalt eines gewissen Johan Schmer. Dieser Mann hat im Februar des Jahres gemeinsam mit anderen einen Reichsbannerführer überfallen. Der Unglückliche wurde so zugerichtet, dass sein Kopf wie in Blut getaucht war. Er bekam Tritte mit Stiefelabsätzen in den Bauch, in die Geschlechtsteile. Die Schmer und Genossen schlugen wie Bestien auf ihn ein. Der Herr Portier vom Braunen Hause tobte vor Gericht. Indessen konnte er nicht verhindern, dass sein Vorstrafenregister bekanntgegeben wurde. Er hat nicht weniger als 11 Vorstrafen wegen Roheitsdelikten auf dem Kerbholz. Diesen Mann haben Hitler und die Seinen zum Portier ihres Braunen Hauses gemacht! Er scheint ihnen der geeignete Mann dafür zu sein!

Dieser kleine Blick in die Personalien des Braunen Hauses trägt vielleicht dazu bei, zu erklären, wie es kam dass Herr Röhm, als er sich missliebiger fühlt von solcher Furcht ergriffen wurde, dass er zum Reichsbanner flüchtete. Er hat vielleicht gefürchtet, dass er so behandelt werden könnte wie die Leute vom Braunen Haus andere Menschen behandeln.

Er muss es wissen.

Im "Westdeutschen Beobachter", dem Naziblatt vom Rhein, äussert sich einer von den feinen Leuten, ein nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter, über die Regierung Papen:

"Einer Regierung, in der Männer wie Papen, Warmbold und Luther ausschlaggebenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik haben, müssen wir mit grösstem Misstrauen begegnen. Alle drei sind prominente Anhänger des kapitalistischen Systems."

Er muss es schliesslich wissen, wenn er auch schamhaft einen weiteren Namen aus dem Kreise derer um Papen verschwiegen hat. Schliesslich ist auch der Reichsverkehrsminister nicht ganz ohne Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Der Reichsverkehrsminister aber heisst Freiherr von Eltz-Rübenach, der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete wiederum, der Papen und Compagnie solcher Massen beleuchtete, heisst ebenfalls - Freiherr von Eltz-Rübenach. Schliesslich muss der Bruder wissen, wie es um den Bruder bestellt ist!

Die Theatertruppe.

Bei der grossen Militärparade des Stahlhelms in Berlin trat auch der Dresdener Stahlhelm im Stahlhelm an. Martialisch aufgeputzt marschierten die Helden von der Elbe an den Exzellenzen, an den bewährten Putschisten, an den Freiherrn und Baronen vorbei. Am anderen Tage kamen die Stahlhelme wieder dorthin wo sie hergeholt worden waren, denn diese Stahlhelme waren gegen Hinterlegung eines Pfandes in einem Militäreffektengeschäft geliehen worden. Warum nicht gleich in einer Theater-Garderobe? Die martialische Aufmachung, das Militär- und Kriegsgeschrei enthüllt sich als Schmierentheater, aus der kriegerischen Löwenhaut schauen die Eselschren hervor!

Aus aller Welt

Panoptikum der Zeit.

SPD. Bilanz der Abrüstungskonferenz.

Eine internationale Tagung, die nicht zuletzt den Zweck haben soll, die Ausgaben der Staaten zu verringern, ist ein teures Vergnügen. Der Völkerbund selbst zahlte für administrative Spesen der Abrüstungskonferenz mehr als eine halbe Million Mark. Die Reise der Delegationen nach Genf ist mit etwa einer Million an Bahnspesen zu schätzen. Die Genfer Hotels verdienten an ihren diplomatischen Gästen etwa zwanzig Millionen Mark. Die offiziellen Telefonate und Telegramme der Delegierten verschlangen 10 Millionen Mark. Dazu kommen noch die Spesen, die alle seit 1925 geleisteten Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz beim Völkerbund verursachten. Insgesamt ist die Summe von 100 Millionen Mark als Gesamtkosten der Konferenz nicht zu niedrig geschätzt. Man kann also sagen: mag die Abrüstungskonferenz vergeblich gewesen sein - und, sonst war sie bestimmt nicht...

Frau Schellers Republik.

Kuriosum deutscher Kleinstaaterei: mitten im preussischen Regierungsgebiet, eine Viertelstunde Fussweg von Bad Homburg im Taunus entfernt, liegt eine Enklave des Freistaats Hessen. Sie besteht nur aus einem - Wirtshaus. Die Wirtin, Frau Scheller, muss ihre Steuern an das dreiviertel Bahnstunden entfernte Finanzamt Friedberg abführen, der "zuständige" Schornsteinfeger darf nicht aus Homburg kommen, sondern aus dem zwei Fusstunden entfernten Vilbel; Der preussische Schupo muss vor dem Gartenzaun untätig zusehen, wenn im Freistaat der Frau Scheller Polizeihilfe benötigt wird. Aber die Homburger besuchen sie gern - denn hier wird auf den Kaffee keine Getränkesteuer erhoben weil die zuständige hessische Gemeinde ihre Einführung abgelehnt hat...

Der zerstreute Kassierer.

Im Prager Stadthaus wurde eingebrochen. Die Diebe gingen mit jedem Raffinement vor: die Alarmvorrichtungen und Telefone waren unbrauchbar gemacht, die Wächter fortgelockt worden, der schwere Tresor wurde aufgeschweisst - und wass fanden die Einbrecher darin? Eine Handvoll Kleingeld... Am nächsten Tag fand der Kassierer in der Schublade seines Schreibtisches unversehrt ein Kuvert mit 50.000 Kronen. Er hatte vergessen, es in den "diebessicheren" Tresor einzuschliessen.

Die billigste Stadt.

Das Statistische Reichsamt hat festgestellt, dass man in Köln am billigsten lebt; dann folgt Leipzig, Essen, Mannheim, Erfurt, Berlin, Hamburg und Dresden. Teurer sind die Unterhaltskosten in München, und die teuersten Städte in Deutschland sind Augsburg, Stuttgart und Karlsruhe. Natürlich sind die Preisunterschiede nicht allzu gefährlich; oft handelt es sich nur um Bruchteile von Pfennigen. Interessant ist jedoch die Tatsache, dass die Lebensmittel heutzutage keineswegs in den Agrarländern billig und in den Industriegebieten teuer sind - sondern eher umgekehrt!

Mädchen nicht gefragt.

In kleinen Dörfern des Rheinlandes ist es üblich, bei der Kirchweih eine "Mädchenversteigerung" vorzunehmen. Das lustige Spiel, dessen Erlös sozialen Zwecken zugeführt werden soll, findet in diesem Jahr nur noch an wenigen Orten statt, da die Burschen durchwegs erklärten, sie hätten zum Mädchensteigern kein Geld.

Ein "Schild"-Bürger.

In einer kleinen mitteldeutschen Kreisstadt wurde eine neue Tankstelle eingerichtet. Sie erhielt ein Schild mit der keineswegs schönen Bezeichnung "Öffentliche Zapfstelle". Am nächsten Morgen war es verschwunden. Man fand es wieder - an der gegenüberliegenden Strassenseite, an der Tür des Finanzamtes, wo es ein Spassvogel angebracht hatte.

Der Wahlkampf beginnt. In Freudenstadt verfiel der glückliche Besitzer eines Esels auf eine sonderbare Idee. Er bepinselte das arme Vieh über und über mit den Schlagworten und Symbolen der radikalen Partei, der er angehörte. Als er jedoch versuchte, mit dem Esel durch die Stadt spazieren zu gehen, nahm man ihn fest. Der Esel musste geschoren werden, sein Besitzer aber hatte zehn Tage lang im Stadtgefängnis Zeit, sich eine neue parteipolitische Propagandamöglichkeit auszudenken.

E.L.

+ + +

"Blut vom Viehhof". Am Dienstag wurde vor der ersten Berliner Sondergerichtskammer die Beweisaufnahme im "Totschlagsprozess Calm und Genossen" (Schliesserei in der Röntgenstrasse am 29. August) fortgesetzt. Die neu vernommenen Zeugen bestätigten bisher Bekanntes: von den Nazis ist allem Anschein nach geschossen worden; für die Schuld der angeklagten Kommunisten liegen keine eindeutigen Beweise vor. Bekannt ist auch, was in der Nachmittagsitzung die Zeugin Rudolf, eine unpolitische Bürgersfrau, sagte: Von den Mitgliedern des Sturms 33 wurde seit langer Zeit ein unerhörter Terror ausgeübt: Ueberfälle auf ahnungslose Passanten seien an der Tagesordnung; wiederholt hätten sich grauenvolle Misshandlungen ereignet, die überhaupt nicht zur Kenntnis der Behörden gelangten; die Polizei habe es nicht verstanden, in der Röntgenstrasse für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Zeugin erklärte wörtlich: "Früher war es in unserer Strasse friedlich wie auf dem Dorf, jetzt ist man hier nicht mehr seines Lebens sicher. Ich habe gesagt: Sollen sich doch die Nationalsozialisten Blut vom Viehhof holen, wenn sie nicht genug haben!" Hitlers Kameraden vom Sturm 33 werden diesen Rat nicht befolgen. Sie sind stolz auf jedes Menschenopfer, das sie zur Strecke bringen - sei es, wie es bereits fünfmal gerichtlich festgestellt wurde, - auf blutige Weise; sei es durch "Zeugenaussagen" vor Gericht. Wurde doch erst vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass noch jetzt, nach der Bluttat vom 29. August, SA.-Leute in der Röntgenstrasse voller stolz sangen:

"Wir sind die Nazileute
Vom Mördersturm Berlin."

Gegenüber diesen zahlreichen "Empfehlungen" der Partei der Nebenkläger wirkten die in der Dienstag Sitzung gemachten Leumundsaussagen über den der Rädelsführerschaft beschuldigten kommunistischen 26jährigen Hauptangeklagten Calm einigermassen grotesk, wenn auch nicht gerade sehr erhehend für den Staatsanwalt. Ein Zeuge nach dem andern trat auf; alle erklärten unter ihrem Eide, dass Calm immer für die Auseinandersetzung mit geistigen Waffen gewesen sei und jeden Terror strikt abgelehnt habe. Ein Geschäftskollege des als Angestellten tätigen Hauptangeklagten führte aus: "Ich bin selbst national eingestellt, aber ich muss sagen, Calm ist ein ruhiger, vernünftiger und sachlicher Mensch. Er hat immer zu verstehen gegeben, dass er Gewaltmassnahmen ablehne. Meine Kollegen und die Geschäftsleitung können es sich heute noch nicht denken, dass die Anklage gerechtfertigt ist".

Calm und 3 seiner Genossen sind von der Todesstrafe bedroht. Von den schwer tatverdächtigen Mitgliedern des Sturms 33 ist noch keiner festgenommen.

+ + +

Der Verleumdungsprozess. Im Prozess des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss gegen die beiden Redakteure Krause und Lippert des Berliner Naziorgans blieb der in der Dienstsitzung vernommene Zeuge Kriminalassistent Scheper unvereidigt. Scheper hat seinerzeit den angeklagten Naziredakteuren das "Material" (Aktenkopien) gegen den Polizeivizepräsidenten geliefert. Ueber die Stichhaltigkeit jenes "Materials" wurde am Dienstag Regierungsdirektor Hagemann vernommen. Er erklärte, dass er hinsichtlich der Massnahmen über das Vorgehen gegen die Spielklubs mit Dr. Weiss völlig übereinstimmte. Er sagte weiterhin aus, dass er sich nicht entsinnen könne, dass Dr. Weiss jemals unterschiedliche Behandlung der einzelnen Spielklubs gefordert habe.

Ach wie bald... Reichsrundfunkkommissar Dr. Scholz soll sein Rücktrittsgesuch eingereicht haben. Daran, dass ihm bald Folge gegeben wird, dürfte kein Zweifel sein.

Bei feinen Leuten. Im Berliner Caro-Petschek-Prozess sollen jetzt die Sachverständigen zu Wort kommen. Sie werden darüber aussagen, ob die Photographie der umstrittenen Mitgiftquittung über 400 000 Mark echt ist oder nicht. Ignaz Petschek, der die Quittung unterschrieb oder unterschrieben haben soll, sagt, dass es sich bei der Photographie um eine Fälschung handle. Die u.a. von Professor Alsberg verteidigte Caro-Seite will die Echtheit beweisen. Es wird hart gerungen werden - aber nicht um die 400 000 Mark, sondern um die Feststellung, ob Geheimrat Caro einen Meineid geleistet hat.

Vor dem Berliner Arbeitsgericht stritt sich der bekannte Grosshotelier Louis Adlon mit seinem Sohn Karl herum. Karl Adlon war als Empfangschef des seinem Vater gehörenden Continental-Hotels plötzlich abgebaut worden - vermutlich, weil er eine Deutsch-Amerikanerin geheiratet hat, die dem Vater nicht gefiel. Der Sohn protestierte; darauf forderte ihn Louis Adlon auch noch auf, seine Dienstwohnung zum 30. September zu räumen. Karl Adlon weigerte sich, weil er die Wohnung "nicht als Angestellter, sondern als Sohn" bewohne. Vor Gericht einigte man sich nun: Karl Adlon zieht aus, aber bekommt eine Abfindung.

Slatin Pascha. In Wien verstarb im Alter von 75 Jahren der bekannte Abenteurer Slatin Pascha. Der österreichische Leutnant war mit 17 Jahren zum erstenmal nach dem Sudan, nach Kordofan und den Gebirgsgebieten von Dar-nuba gekommen; dann trat er in den englischen Kolonialdienst ein; als 23-jähriger wurde er bereits Gouverneur im Sudan. In der Gefangenschaft des aufständischen Mahdi erlebte er 12 fürchterliche Qual- und Hungerjahre. Nachdem ihm im Jahre 1895 die Flucht gelungen war, schilderte er, nach Europa zurückgekehrt, seine Erlebnisse in dem spannenden Buch "Feuer und Schwert im Sudan". Aber die Literatur genügte ihm nicht; das Leben, der Sudan, gewann ihn wieder. Als 1914 der Krieg ausbrach, war er englischer Truppeninspektor, doch er fand den Weg in die österreichische Armee zurück: Er wurde Leiter der Kriegsgefangenenfürsorge des Roten Kreuzes. Das letztmal hörte die Öffentlichkeit von Slatin Pascha durch seine Tätigkeit als Mitglieder der österreichischen Friedensdelegation in Saint Germain.

Sechsfacher Freitod. Wirtschaftliche Not veranlasste in Roskilde (Dänemark) einen Rechtsanwalt mit seiner Ehefrau, seinem 15 jährigen Sohn und seinen drei Töchtern durch Einatmen von Gas aus dem Leben zu scheiden.

"Sport". In Schwetzingen (Baden) kam es zwischen den Mannschaften eines Fussball-Wettkampfes zu einer Auseinandersetzung. Am erregtesten wurde der Schiedsrichter: er schoss eine Gaspistole ab. Ein Unbeteiligter aus dem Publikum erlitt eine schwere Augenverletzung.

Deutsch-italienischer Handelskrieg.

Abfuhr in Holland.

SPD. Die deutsche Kontingentierungskommission mit dem Rundreisebillet durch Europa hat sich am Dienstag von Holland nach Rom begeben. In Holland hat der Führer der Delegation, Ministerialrat Walter vom Reichsernährungsministerium, eine glatte Abfuhr hinnehmen müssen. Die Vertreter der holländischen Regierung stellten sich auf den Standpunkt, dass die deutschen Kontingentierungsvorschläge unmöglich eine Verhandlungsgrundlage abgeben könnten.

Man kann sich über den Verlauf der Dinge in Holland nicht wundern. Die Holländer haben der deutschen Regierung von vornherein darüber reinen Wein eingegeben, dass sie die deutschen Kontingente nicht ohne weiteres schlucken werden. Trotzdem schickte man den kleinen Ministerialbeamten Walter nach dem Haag, damit er in Dingen verhandle, die für die Zukunft der deutschen Wirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung werden müssen.

Die Einzelheiten der Mission Walters ist so unverständlich und unbegreiflich, wie die Tatsache, dass man erst nach Holland ging, um sich eine politisch-diplomatische Niederlage zu holen, die vorauszu sehen und nicht zu vermeiden war.

Nun sitzt die Kommission in Rom, wo die Dinge noch brenzlicher sind als in Holland. In Berliner Regierungskreisen scheint man sich immer noch einzubilden, man könnte die italienische Devisenangelegenheit mit den Kontingentierungsdingen verkoppeln, um so zu einer Generalbereinigung zu kommen. Die letzten Ereignisse bewiesen aber, dass es nicht ratsam ist, sich solchen Illusionen hinzugeben.

Tatsache ist, dass Deutschland sich seit Dienstag mit Italien im offenen Handelskrieg befindet. Das deutsche Reichswirtschaftsministerium teilt sehr kleinlaut mit, dass die italienische Regierung, nach dem das mit Italien abgeschlossene Devisenabkommen von Deutschland gekündigt worden ist, mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ab eine allgemeine Sperre für die Bezahlung deutscher Warenlieferungen nach Italien verhängt hat. Die Dinge sahen in den italienischen Ankündigungen allerdings so aus, dass Italien nur 25 % an Devisen zur Verfügung stellen wollte. Seitdem hat die deutsche Reichsbank Devisen für die Einfuhr italienischer Waren nach Deutschland nicht zur Verfügung gestellt. Darauf scheint Italien erst die allgemeine Devisensperre angeordnet zu haben.

Das ist der offene Handelskrieg. In diesem Krieg kämpft zunächst mal Ministerialrat Walter mit seinem europäischen Rundreisebillet.

Auch hier soll man sich vor dem Glauben hüten, Italien bald klein zu kriegen. Die Situation liegt gegenwärtig für Italien viel günstiger als für Deutschland. Der Export italienischer Weintrauben nach Deutschland ist beendet. Die Apfelsinensaison beginnt erst um Weihnachten. Bis dahin dürfte der Schaden, der aus dem Handelskrieg erwächst, für Deutschland grösser sein als für Italien. In diesem Augenblick den Handelskrieg zu riskieren, ist schon mehr als Abenteuer.

SPD. Im Stockholmer "Socialdemokraten" kritisiert Generaldirektor Oerne die neue deutsche Handelspolitik, die Deutschland zur Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags veranlasste. Oerne stellt im "Socialdemokraten", der jetzt unter der neuen sozialistischen Regierung in Schweden halboffiziellen Charakter hat, fest, dass alle fünf Staaten, die der im Jahre 1931 gebildeten handelspolitischen Oslo-Entente angehören, also Belgien, Dänemark, Norwegen, Holland und Schweden, in weit höherem Masse von Deutschland kaufen als nach Deutschland verkaufen. In den Jahren 1929 bis 1931 hat Deutschland von den fünf Staaten der Oslo-Entente und von Finnland einen Exportüberschuss von 4,070 Milliarden aufzuweisen gehabt, sodass die sechs genannten Länder ein Viertel des deutschen Gesamtexports konsumieren. Der Autor empfiehlt der Regierung, die Voraussetzungen eines engeren Zusammenwirkens der Oslo-Entente und Finnlands näher zu prüfen zwecks gemeinsamer Abwehr der rücksichtslosen Methoden der neuen deutschen Handelspolitik, falls Deutschland seine Kampfzolltarife gegen eines dieser Länder zur Anwendung bringen oder den an sich schon zugunsten Deutschlands ausfallenden Warenverkehr durch neue Restriktionen erschweren sollte.

SPD. Die in letzter Zeit viel behandelte Frage, wer eigentlich das Papensche Wirtschaftsprogramm sabotiert, wird von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in einem Schreiben an den Reichskanzler eindeutig und unmissverständlich wie folgt beantwortet:

"Wir fürchten, dass die von der Reichsregierung beabsichtigte Produktionsbelegung gehemmt werden muss, wenn die vorgesehenen Einfuhrkontingente zu einer Verengung des deutschen Exportmarktes und des aus der Exportarbeit fließenden Volkseinkommens führen. Dieser Rückgang könnte auch nicht durch die beabsichtigte Vermehrung des Absatzes der Landwirtschaft auf dem deutschen Binnenmarkt kompensiert werden, da durch dieselbe Massnahme ja die für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte insbesondere wichtige Kaufkraft höher entlohnter Arbeitnehmer und Unternehmer verringert würde. Die Absatzsteigerung der Landwirtschaft müsste weiterhin erschwert werden, wenn die Kaufkraft der inländischen Bevölkerung nicht nur von der Einkommenseite durch Rückgang der Exportarbeit, sondern auch von der Preisseite etwa durch Steigerung inländischer Preise geschwächt werden würde. Der Einzelhandel würde mit ernster Sorge eine Entwicklung kommen sehen, welche die auf ausländischen Märkten zu beobachtenden Preissteigerungen etwa durch Fernhaltung billiger Auslandsware und durch Verknappung des im Inland vorhandenen Warenangebots auf den Binnenmarkt übertragen würde. Hiermit würde nicht nur die beabsichtigte Verlagerung von Kaufkraft zur Landwirtschaft in sich selber wirkungslos werden, sondern die Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung würde gedrückt werden. Eine solche Preisentwicklung würde die Absichten der Reichsregierung zweifellos gefährden, insbesondere wenn sie im jetzigen Zeitpunkte einträte, in dem das individuelle Einkommen grösserer Arbeitnehmergruppen gekürzt werden soll, um die Zahl in Arbeit stehender Arbeitnehmer zu vergrössern und damit das gesamte Sozialeinkommen gleichmässiger zu verteilen. Bevor dieser Verteilungsprozess durchgeführt ist und auch die jetzt zu kürzenden Arbeitslöhne durch Produktions- und Absatzvermehrung wieder aufgebaut werden können, würden derartige Preissteigerungen volkswirtschaftlich in manchen Richtungen bedenklich sein. Bisher sind die im Textilgrosshandelsindex und in einigen Gruppen des Agrarindex festzustellenden Preissteigerungen auf die Einzelhandelspreise nicht übergegangen. Der Einzelhandel darf erwarten, dass die Reichsregierung ihre Bemühungen um Erhaltung eines volkswirtschaftlich gesunden Preisstandes bei der Durchführung des jetzigen Programms nicht wie-

der mit derselben Einseitigkeit auf Preissenkungen in der letzten Warenverteilung verwendet, wie es in den "Aktionen" der letzten Jahre zu beobachten war. Dazu gehört eine gleichmässige Beobachtung der industriellen Kartellpreise, die insbesondere für Ausfuhrartikel wichtig sind. Dazu gehört aber auch eine Behandlung der deutschen Aus- und Einfuhrinteressen, die ohne "Faschismus" für irgendeinen einzelnen Berufsstand dem deutschen Markte Arbeitseinkommen und Warenzufuhr, also eine gesunde Beziehung zwischen Nachfrage und Angebot erhalten hilft."

SPD. In Amsterdam fand eine Konferenz von Vertretern der Sozialdemokratischen Parteien und Landesgewerkschaftszentralen Belgiens, Hollands, Dänemarks, Luxemburgs und Schwedens statt, die sich mit der gegenwärtigen handelspolitischen Situation beschäftigte. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschliessung an, wonach die Weltwirtschaft und namentlich die europäische Wirtschaft durch die Schutzzoll- und Kontingentierungspolitik mehr und mehr desorganisiert werde, sodass diese Politik sich zu einer Gefahr für den Frieden auswachse. Die Konferenz spricht sich daher für den Abschluss von Regionalverträgen als Vorbereitung einer allgemeinen und keine Nation ausschliessenden Regelung aus.

Im Anschluss an die Konferenz fand ein Massenmeeting statt. Die Redner wandten sich scharf gegen die Autarkie und wiesen in diesem Zusammenhang auf den verhängnisvollen Einfluss der Rüstungsindustrie und ihrer Presse hin. Der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Gen. Schevenels, der zu den Leitern der Amsterdamer Konferenz gehörte, wies darauf hin, dass wir in diesem Augenblick auf der ganzen Welt in einem der kritischsten Momente nicht nur der Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern der Menschheitskultur überhaupt ständen.

Sollte die Welt auf einen Weg gedrängt werden, wo es kein Zurück mehr gäbe, dann habe die Arbeiterklasse aller Länder die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass es den Regierungen unmöglich gemacht werde, den Wirtschaftskrieg zu einem militärischen Krieg ausarten zu lassen.

Der donnernde Beifall bewies, dass Schevenels das rechte Wort zur rechten Zeit gesprochen hatte.

Berliner Viehmarkt.

(4. Oktober)

SPD. An allen Märkten gab es starke Preisaufbesserungen, die in erster Linie darauf beruhten, dass der Auftrieb zu klein war. Auf dem Schweinemarkt waren schwere, fette Tiere gesucht. Der Handel war durchweg glatt, nur auf dem Rindermarkt entwickelte sich mittelmässiges Geschäft.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 48 (45-46), b) 240 - 300 Pfund 45-47 (43-44), c) 200-240 Pfund 42-46 (41-43), d) 160-200 Pfund 40-42 (38-40), e) 120-160 Pfund 37-39 (35-37) Sauen 38-42 (36-40). Kühe: a) 24-25 (25-26), b) 21-23 (21-23), c) 17-20 (17-21), d) 12-16 (10-16). Kälber: b) 48-55 (45-51) c) 38-50 (35-45), d) 22-30 (20-30). Schafe: a) 30-31 (27-29), b) 32-34 (31-33), c) 28-32 (27-30), d) 16-26 (12-25).

Mangel an Kaufkraft.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Oktober)

SPD. Am Dienstag verkehrte die Berliner Produktenbörse in recht matter Haltung. Obwohl das Angebot an Weizen und Roggen keineswegs besondere gross war, konnten sich die Preise bei der geringfügigen Kauflust der Mühlen dennoch nicht halten. Roggen wurde wieder gestützt, jedoch hauptsächlich nur bei Waggonware, während grosse Partien in kahnverladener Ware angeboten waren. Für Weizen zeigte sich nur geringfügige Kauflust. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte gingen im Durchschnitt um $\frac{1}{2}$ Mark bis 1,00 Mark zurück. Für prompte Ware blieb der Weizenpreis unverändert, während Roggen um 2 Mark herabgesetzt wurde. Am Mehlmarkt blieb gleichfalls das Geschäft äusserst schleppend. Es wurde lediglich für die Deckung des laufenden Bedarfs gekauft, obwohl sich die Mühlen bei ihren Forderungen jetzt wieder entgegenkommender zeigten. Hafer hatte im allgemeinen stetige Tendenz. Die Nachfrage ist etwas grösser geworden, da verschiedentlich Käufe für Geflügelmästereien beobachtet wurden. Höhere Preise liessen sich jedoch kaum durchsetzen. Bei Gerste fanden laufende Umsätze in den meisten Qualitäten zu unveränderten Preisen statt. Das rege Interesse für erstklassige Brauqualitäten hielt weiter an.

	3.10.	4.10.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	203 - 205	203 - 205
Roggen	158 - 160	156 - 158
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	134 - 139	135 - 140
Weizenmehl	25,50 - 29,00	25,25 - 29,00
Roggenmehl	20,55 - 23,00	20,40 - 22,90
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,50 - 9,90
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsgeschäftliche Lieferungsverhältnisse: Weizen Oktober 215 $\frac{1}{2}$ (Vortag 215 $\frac{1}{2}$), Dezember 216 $\frac{1}{2}$ - 216 $\frac{1}{2}$ (217 $\frac{1}{2}$), März 220 $\frac{1}{2}$ (221 $\frac{1}{2}$), Roggen Oktober 165 bis 165 $\frac{1}{2}$ (166), Dezember 167 $\frac{1}{2}$ - 167 $\frac{1}{2}$ (167 $\frac{1}{2}$), März 170 $\frac{1}{2}$ - 171 $\frac{1}{2}$ (170 $\frac{1}{2}$), Hafer Oktober - bis 143 (142), Dezember 142 $\frac{1}{2}$ (-).

Rauhfutternotierungen.

(4. Oktober)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RA	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh	RA	
" " Haferstroh	RA	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh	RA	
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RA	0,70 - 0,90
Bündelengepresstes Roggenstroh	RA	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh	RA	0,45 - 0,55
Häcksel	Tendenz behauptet.....RA	1,30 - 1,45
Gutes Heu, gesund und trocken	RA	1,90 - 2,20
Luzerne, lose	RA	2,20 - 2,40
Thymothee, lose	RA	2,00 - 2,20
Drahtgepresstes Heu	Tendenz behauptet.....RA	0,40 über Notiz.



Neue Kriegserklärung.

Verordnung über Friedenspflicht.

SPD. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Das Kabinett der Barone ist mit Blindheit geschlagen. Es will die Wirtschaft beleben. Von dieser Belebung hängt nicht zuletzt seine Existenz ab. Belebung der Wirtschaft kann aber in Deutschland von innen her nur erfolgen, wenn wenigstens im Reich der Arbeit einigermaßen Friede herrscht. Ohne Arbeitsfrieden keine Arbeit! Das könnte eigentlich selbst ein Kabinett der Barone einsehen. Statt dessen kommt es jetzt den Gewerkschaften mit einer neuen Kriegserklärung. Sie besteht in einer Verordnung über die Friedenspflicht, womit die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft gegen den neuen Lohnabbau abgewürgt werden soll.

Wie oft sollen wir noch hören, dass die Erfüllung des Arbeitsvertrages trotz der von dem Arbeitgeber wegen Belegschaftsvermehrung vorgenommenen Lohnermässigung als dem Tarifvertrag entsprechend zu betrachten sei und also eine Kampfmaßnahme einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrags zu gelten habe? Dieser Standpunkt der Regierung ist bekannt. Neu ist nur, dass die Reichsregierung jetzt ihre Auffassung über die Friedenspflicht der Gewerkschaften im Fall von Lohnsenkung bei Mehreinstellungen durch eine Ausführungsverordnung zur arbeitsrechtlichen Norm erheben will. Damit sollen die Gewerkschaften eingeschüchtert werden. Dieser Einschüchterungsversuch wird aber seinen Zweck verfehlen. Die Gewerkschaften lassen sich auch durch die Verordnung über die Friedenspflicht in ihrer Rechtsauffassung nicht beeinflussen. Ebensowenig lassen sie sich ihre Handlungsfreiheit nehmen. Ein Appell an die Furcht kommt bei den Gewerkschaften an die falsche Adresse.

Peinlich muss es berühren, dass diese Verordnung förmlich einen Wink an die Arbeitsgerichte darstellt. Noch ist die Rechtmässigkeit der Regierungsauffassung durch die Gerichte nicht festgestellt. Die Regierung hätte besser getan, zunächst einmal das Urteil der Gerichte abzuwarten. Auch die Rechtmässigkeit ihrer Verordnung über die Friedenspflicht bedarf erst noch der gerichtlichen Nachprüfung. Wenn aber die Regierung nicht warten wollte, bis die Arbeitsgerichte gesprochen haben - der Weg, den sie jetzt beschritten hat, führt sie bestimmt nicht aus der Sackgasse, in die sie sich verrennt hat. Warum hat sie nicht wenigstens die Schlichterkonferenz, die zur Zeit im Reichsarbeitsministerium tagt, zu Ende gegen lassen? Sie konnte doch bestimmt aus den Erfahrungen der Schlichter mit der Lohnkürzungsverordnung einiges lernen. Wir können uns nicht vorstellen, dass die Schlichter diese Lohnkürzungsverordnung als Evangelium betrachten. Sie ist - aus der Kritik der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer geht das zur Genüge hervor - abbaureif. In der Unternehmerpresse wurden deshalb dem Reichsarbeitsministerium bereits Brücken für einen Rückzug gebaut. Statt einzulenken, kommt nun die Regierung mit einer neuen Kriegserklärung an die Gewerkschaften. Kann denn eine Regierung nicht wie gewöhnliche Sterbliche auch einmal zugeben, eine Dummheit gemacht zu haben. Können Regierung=

gen nie irren? Und glaubt die Regierung der Barone wirklich ernsthaft, mit ihrer Verordnung über Friedenspflicht nun einfach die Notwehr der Arbeiter gegenüber neuen Lohnabbauversuchen nun kurzerhand in den Betrieben niederzuschlagen? Ist die Regierung so weltfremd, dass sie nicht sieht, wie sehr all diese Streiks der jüngsten Zeit spontane Streiks der Belegschaften sind! Auch bei den christlichen Gewerkschaften wird gegenüber der Drohung der Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass mit der Betonung der Friedenspflicht die Tatsache der spontanen Streiks nicht aus der Welt geschafft werden kann. Der Notstand der Arbeiterschaft ist nun einmal unerträglich geworden. Die Menschen in den Betrieben sind nervös und gereizt. Sie haben nun seit Jahren sich immer wieder Abstriche am Lohn gefallen lassen müssen, und sie haben gesehen, dass es dadurch nicht besser, sondern schlechter wurde. Der Lohnabbau hat keine Verbilligung des Lebensunterhalts gebracht und keine Senkung der Miete und keine Sicherung des Arbeitsplatzes. Kann man es den Arbeitenden, die immer mehr auf das Lebensniveau des Arbeitslosen heruntergedrückt werden, verdenken, wenn neuer Lohnabbau sie wild macht? Die Gewerkschaften haben es wirklich nicht nötig, heute in den Betrieben für Streikstimmung zu sorgen.

Druck erzeugt Gegendruck. Bildet sich die Regierung ein, dass vor ihrer Verordnung über Friedenspflicht die Arbeiterschaft nun einfach zu Kreuze kriecht? Was ist das für eine Regierungsweisheit, die jetzt auf einmal die Arbeiterschaft knebeln will, weil diese trotz Einbruch in das Tarifrrecht und trotz Abbau des Schlichtungswesens sich ihrer Haut zu wehren versteht! Jetzt auf einmal findet die Regierung auch wieder Geschmack an der Verbindlichkeitserklärung, und wir sind sicher, dass mit der Zunahme der Arbeitskämpfe auch das Verständnis der Arbeitgeber und ihrer Regierung für die Bedeutung und den Wert des Schlichtungswesens wieder zunehmen wird. Jetzt auf einmal, nachdem die Dinge sich etwas anders entwickelt haben, als man im Arbeitgeberlager erwartet hat. Wie lange ist es her, da lautete die Parole: Los von den Bindungen des Schlichtungswesens, los von der Verbindlichkeitserklärung! Damals glaubten die Arbeitgeber noch, sie könnten, wenn der Staat sich nicht mehr einmische, den Arbeitern unter dem Druck der Arbeitslosigkeit niederbügeln. Dieser Glaube erwies sich als Aberglaube und daher jetzt die Schwenkung der Regierung zur Schlichtung zurück. Die Gewerkschaften haben aber ihr bereits sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass sie an einem Schlichtungswesen, das sich nur gegen die Arbeiter richtet, kein Interesse haben.

Es ist manches andere gekommen. Die Gewerkschaften hat das nicht überrascht. Sie wissen, dass auch die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen. Allen Verordnungen zum Trotz leben die Gewerkschaften. Es wird noch manches ganz anders kommen; denn nicht nur unrecht Gut, sondern auch unrecht Tun gedeiht nicht.

SPD. Die Konferenz der Schlichter im Reichsarbeitsministerium hatte am Dienstag zunächst nur eine Vorbesprechung. Die Fragen des Arbeitsmarktes und der Lohnpolitik, die mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung zusammenhängen, sollen erst am Mittwoch zur Erörterung kommen.

SPD. Der Schiedsspruch für das Hamburger Verkehrsgewerbe, der die Löhne um 5% und die Arbeitszeit auf 45 Stunden kürzte, wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Eine Stellungnahme der freien Gewerkschaften dazu liegt im Augenblick nicht vor. Sie erfolgt erst, wenn die

schriftliche Bestätigung der Verbindlichkeitserklärung eingegangen ist.

Die Werksleitung hatte einen 15%igen Lohnabbau und eine Kürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden gefordert.

SPD. Der Verein Leipziger Buchbindereibesitzer hat anlässlich des Streiks bei der Grossbuchbinderei Sieke & Co. die Verhängung der Ausperrung über die Leipziger Buchbindereien in vollem Umfang beschlossen. Darüber hinaus hat er beantragt, die gesamte Aussperrung für das Reich zu verhängen.

SPD. Die Hamburger Hafenarbeiter haben den Lohnabbauversuch der Unternehmer, den diese mit Hilfe der Notverordnung durchführen wollten, erfolgreich zurückgewiesen. Die Arbeitgeber des Hafenbetriebs wollten die Vorteile der Notverordnung für sich in Anspruch nehmen, ohne die Verpflichtungen, die sich daraus für die Neueinstellung von Arbeitskräften ergeben, zu übernehmen. Das Reichsarbeitsministerium, das die Schwierigkeiten der Durchführung der Notverordnung für den komplizierten Hamburger Hafenbetrieb erkannte, hatte den Parteien eine Verständigung empfohlen, die Grundlage einer besonderen Notverordnung sein sollte. Die Verständigung wurde aber nicht erzielt; denn die Unternehmer wollten unter allen Umständen einen Lohnabbau durchsetzen. Sie kündigten deshalb die Lohnsätze und verlangten einen Abbau des Schichtlohns von 7,60 Mark auf 6,40 Mark. Inzwischen traf bei den Parteien eine Erklärung des Reichsarbeitsministeriums ein, aus der hervorging, dass die Notverordnung weniger auf eine Senkung des Lohns als auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes abzielt. Diese Erklärung entmutigte die Arbeitgeber des Hafenbetriebs. Sie zogen in neuen Verhandlungen ihren Kündigungsantrag und ihre Lohnabbauforderungen zurück und erklärten sich darüber hinaus auf Verlangen der Arbeitgeber sogar bereit, die alten Lohnsätze bis zum 31. Dezember bestehen zu lassen.

SPD. Auf der Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes, in Bochum, die am Dienstag zu Ende ging, wurde im Massenbericht mitgeteilt, dass in den beiden letzten Jahren an Arbeitslosenunterstützung rund 6,7 Millionen Mark und in den ersten 7 Monaten dieses Jahres für den gleichen Zweck 2,6 Millionen Mark ausgegeben worden sind.

Das Beratungsergebnis wurde vom Verbandsvorsitzenden Husemann in folgenden Feststellungen zusammengefasst: Die Konferenz macht sich die Warnung und den Protest der Gewerkschaftsspitzen gegen die September-Notverordnungen zu eigen. Sie richtet an die Bergarbeiter die Aufforderung, sich gegen etwaige Lohnkürzungen zu wehren. Sie verlangt Arbeitszeitverkürzung auf fünf Tage in der Woche und erinnert die Reichsregierung an ihre Pflicht zur Ratifizierung des Genfer Arbeitszeitabkommens für den Bergbau. Sie erwartet, dass auf der vom Internationalen Arbeitsamt für Januar vorgesehenen Vorkonferenz zur Einführung der Vierzigstundenwoche in erster Linie für den Bergbau diese notwendige Regelung getroffen wird. In der Nationalisierung des Bergbaus sieht die Konferenz den Weg zu einer leistungsfähigeren Versorgung der Volkswirtschaft mit Bodenschätzen und zur Wiederherstellung der unter kapitalistischer Ausbeutung verloren gegangenen Arbeits- und Lebensfreude der Bergarbeiter.
